

**Niederschrift**

**über die Sitzung des Rates**

**am Dienstag, dem 13.02.2001**

**Folgende Tagesordnungspunkte werden behandelt:**

**I. Öffentlich**

- 1 Einwohnerfragestunde
- 2 Feststellung der Sitzungsniederschrift vom 19.12.2001

**II. Eingaben an den Rat**

- 3 04 - 13 0528/2001 Antrag auf Errichtung eines Jugendparlamentes
- 3a) 10 - 13 0532/2001 Bestellung eines allgemeinen Vertreters des Bürgermeisters gemäß § 68 Abs. 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW)

**III. Vorlagen**

- 4 05 - 13 0458/2000 Konzept zur Weiterentwicklung der Innenstadt
- 5 04 - 13 0511/2001 Ausstattung der Schulen mit NEUEN MEDIEN im Rahmen der e-nitiative.nrw
- 6 41 - 13 0488/2000 Beratung und Beschlussfassung über den Wirtschaftsprüfungsbericht vom 01.08.99 bis zum 31.07.2000 des Eigenbetriebes Kultur Künstes Kontakte
- 7 02 - 13 0478/2000 Haushaltssatzung 2001;  
hier: Beschlussfassung
- 8 02 - 13 0520/2001 Über- und außerplanmäßige Ausgaben für das Haushaltsjahr 2000
- 9 05 - 13 0500/2001 6. Änderung des Bebauungsplanes Nr. E 10/2 -Am Beyenkamp-;  
hier: 1) Bericht zur durchgeführten Offenlage und Trägerbeteiligung  
2) Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB
- 10 05 - 13 0501/2001 4. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. E 30/3 -Nollenburger Weg / 1.Teil-;  
hier: 1) Bericht zur durchgeführten Offenlage und Trägerbeteiligung  
2) Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB
- 11 05 - 13 0476/2000 Eintragung eines Bodendenkmals in die Denkmalliste gemäß § 3 Denkmalschutzgesetz NW;  
hier: Mittelalterlich-neuzeitliche Stadtbefestigung im Bereich zwischen Steintor, Kleiner Wall und Hinter dem Mühlenberg
- 12 10 - 13 0526/2001 Ersatzwahlen in Ausschüssen

**IV. Anträge an den Rat**

- 13 06 - 13 0525/2001 Betuwe-Linie

- 14 06 - 13 0530/2001 Betuwe-Linie
- 15 Mitteilungen und Anfragen
- 16 Einwohnerfragestunde
- V. Nichtöffentlich**
- 17 Feststellung der Sitzungsniederschrift vom 19.12.2000
- 18 04 - 13 0505/2001 Antrag der Fraktion "B 90/die GRÜNEN" auf Betreuung der Asylsuchenden durch eine sozialpädagogische Fachkraft
- 19 05 - 13 0531/2001 Herrichtung des Breitenstein-Geländes, Wallstraße  
hier : Vergabe der Arbeiten
- 20 08 - 13 0513/2001 Ausübung eines Rückübertragungsanspruches und Verkauf der Grundstücksfläche an die Firma Bauzentrum Hussmann
- 21 08 - 13 0514/2001 Verkauf einer Grundstücksfläche an die Raiffeisenbank Emmerich eG
- 22 08 - 13 0515/2001 Umsetzung des Vertrages mit der Fa. PG Kaas
- 23 08 - 13 0521/2001 Neuorganisation der Wirtschaftsförderung
- 24 Mitteilungen und Anfragen

Die Mitglieder:

Arntzen, Helmut  
 Arntz, Anneliese  
 Beckschaefer, Christian  
 Bongers, Karl-Heinz  
 Brink ten, Johannes  
 Camp, Wilhelm  
 Diekman, Rolf  
 Diks, Johannes  
 Elbers, Markus Herbert  
 Gertsen, Gerhard  
 Gies, Norbert Ludwig  
 Heger, Harald  
 Hetterscheidt, Herbert  
 Heuvelmann, Christian  
 Jansen, Albert  
 Jessner, Udo  
 Koster, Gregor  
 Kulka, Irmgard  
 Kunigk, Heinz-Gerhard Adolf  
 Lang, Hermann  
 Lorenz, Marianne  
 Maiß, Franz Georg Anton  
 Meisters, Gabriele  
 Möllenbeck, Irene  
 Offergeld, Birgit  
 Roebrock, Wilhelm  
 Sloot, Birgit  
 Spiertz, Andre  
 Struckhof, Detlef  
 Tenhaef, Alfred

Tepaß, Udo  
Trüpschuch, Elke  
Ulrich, Herbert  
Wernicke, Hans-Jörgen

Entschuldigt fehlen: Heering, Anneliese  
Sickelmann, Ute

Von der  
Verwaltung: Bürgermeister Boch  
als Vorsitzender

Erster Beigeordneter Böttner  
Herr Siebers  
Herr Arntz  
Herr Feldkamp  
Herr Holtkamp  
Herr Kemkes  
Herr Kleipaß  
Frau Lebbing  
Herr Runge  
Herr Sassenhof  
Referendarin Ruffert  
Frau Köster (stellv. Schriftführerin)

Von den Abwasser-  
werken Emmerich: Herr Antoni

Vom Eigenbetrieb  
KKK: Herr Heyming  
Frau Peters

Der Vorsitzende eröffnet den öffentlichen Teil der Sitzung um 18.00 Uhr.  
Er begrüßt die Damen und Herren des Rates, die Vertreter der Verwaltung und der Presse sowie die  
Zuhörer.

Die Tagesordnung wird einstimmig genehmigt.

## I. Öffentlich

### TOP 1 Einwohnerfragestunde

Anfragen seitens der Einwohner liegen nicht vor.

### TOP 2 Feststellung der Sitzungsniederschrift vom 19.12.2001

Gegen die gemäß § 24 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse zur

Feststellung vorgelegte Niederschrift werden Einwände nicht erhoben. Sie wird vom Vorsitzenden und der Schriftführerin unterzeichnet.

## **II. Eingaben an den Rat**

### **TOP 3**

#### **Antrag auf Errichtung eines Jugendparlamentes ( Nr. 04 - 13 0528/2001 )**

Mitglied Möllenbeck stellt den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen. Weiterhin stellt sie den Antrag, als Anschubfinanzierung einen Betrag von 10.000 DM bereitzustellen.

Herr Arntz sichert zu, dass von Seiten der Verwaltung überprüft wird, wie und auf welche Art und Weise am besten ein Jugendparlament gegründet wird; sollte dieses dann gewünscht werden und ein Jugendparlament zustande kommt, auch die notwendigen Mittel, die dem Jugendhilfebereich zur Verfügung stehen, bereitgestellt werden.

Aufgrund dieser Aussage zieht Mitglied Möllenbeck ihren Antrag zurück und ist mit der Verweisung an den Jugendhilfeausschuss einverstanden.

Verweisung für den Jugendhilfeausschuss.

35 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

### **TOP 3a)**

#### **Bestellung eines allgemeinen Vertreters des Bürgermeisters gemäß § 68 Abs. 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein -Westfalen (GO NW) ( Nr. 10 - 13 0532/2001 )**

Mitglied Diks stellt den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen.

Der Rat der Stadt Emmerich bestellt mit Wirkung vom 01.04.2001  
Herrn Stadtsozialoberverwaltungsrat Gregor Arntz, Leiter des Fachbereiches  
Bürgerangelegenheiten,  
zum allgemeinen Vertreter des Bürgermeisters.

34 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 1 Enthaltungen

## **III. Vorlagen**

### **TOP 4**

**Konzept zur Weiterentwicklung der Innenstadt  
( Nr. 05 - 13 0458/2000)**

Mitglied Maiß regt an, aufgrund der Tatsache, dass die Bundeswehr ihren Bereich in Dornick verkleinert und wie in der Presse zu lesen stand, die Pionieranlage nicht mehr benötigt wird, ob diese Pionieranlage zur Attraktivierung der Rheinpromenade beitragen kann. Er bittet die Verwaltung dieses zu überprüfen.

Weiterhin war auch in der Presse zu lesen, dass die Bundeswehr sich von einigen Fähren trennt; hier regt er an, ob eine dieser Fähren im Bereich Coprayer Hof z. B. für den Radfahr- und Fußverkehr eingesetzt werden kann.

Die Verwaltung sagt zu, diese Anregungen aufzunehmen.

Außerdem teilt Bürgermeister Boch mit, dass in der HFA-Sitzung am 20.03.01 Herr Sigmund ausführlich über den Sachstand berichten wird.

Die Mitglieder Beckschaefer und Möllenbeck stellen den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen .

Der Rat nimmt den Masterplan befürwortend zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, die sich daraus ableitenden Maßnahmen im Rahmen der Haushaltsplanberatungen mit den entsprechenden Prioritäten einzuplanen, soweit noch nicht geschehen.

35 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

**TOP 5**

**Ausstattung der Schulen mit NEUEN MEDIEN im Rahmen der e -initiative.nrw  
( Nr. 04 - 13 0511/2001)**

Der Vorsitzende lässt über den Antrag mehrerer Mitglieder, gemäß Vorlage zu beschließen, abstimmen.

Der Rat beschließt, die "e-initiative.nrw - Netzwerk für Bildung NRW" durch Bereitstellung zusätzlicher Haushaltsmittel i. H. v. 100.000 DM jährlich in den nächsten vier Jahren ab 2001 zu unterstützen. Zur Begleitung einer zielgerichteten Planung und der anschließenden Systempflege ist eine Planstelle für eine EDV-Fachkraft im Stellenplan vorzusehen.

35 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

**TOP 6**

**Beratung und Beschlussfassung über den Wirtschaftsprüfungsbericht vom 01.08.99 bis zum 31.07.2000 des Eigenbetriebes Kultur Künste Kontakte  
( Nr. 41 - 13 0488/2000)**

Mitglied Möllenbeck stellt den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen.

Der Kulturausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Emmerich:

1. den Jahresabschluss des Eigenbetriebes Kultur Künste Kontakte zum 31.07.2000 nebst Lagebericht festzustellen, den Jahresfehlbetrag von DM 17.897,71 aus dem Haushaltsplan 2001 auszugleichen,

2. der Betriebsleitung für das Wirtschaftsjahr 01.08.1999 bis 31.07.2000  
Entlastung zu erteilen.

34 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 1 Enthaltungen

## TOP 7

**Haushaltssatzung 2001;  
hier: Beschlussfassung  
( Nr. 02 - 13 0478/2000)**

Der Vorsitzende erteilt Mitglied Diks das Wort.

Mitglied Diks:

“Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, ich kann mich noch gut an die Haushaltsreden des letzten Jahres erinnern. Da wurde anschließend nicht über die jeweiligen Inhalte diskutiert, sondern über die Frage, wer wie lange gesprochen hat.

Da fragt man sich, ob die Mühe lohnt, eine solche Rede zu verfassen, von der Morgen kaum einer Notiz nimmt. Die Argumente für und wider in Sachfragen sind längst in den Ausschüssen und im HFA ausgetauscht worden. Die Standpunkte der Fraktionen sind hinlänglich bekannt.

Doch gestatten Sie mir zunächst eine allgemeine Aussage:

Die Haushalte der Städte und Gemeinden in NRW stehen unter gewaltigem Druck. 99 von 396 Kommunen mussten bereits Haushaltssicherungskonzepte erlassen, um den Ruin ihrer Finanzlage zu verhindern, vielen anderen steht dieser Schritt noch bevor. Trotzdembürden Bund und Land unseren Kommunen immer neue Aufgaben und Lasten auf, um sich selbst zu entlasten. Der rot-grüne Plünderungszug durch die Gemeindekassen erreicht jetzt eine neue, gefährliche Dimension.

Besonders fatal - die ungerechte Lastenverteilung. So sollen die Städte und Gemeinden im Jahresdurchschnitt bis 2006 rund 18 % aller Steuermindereinnahmen schultern, obwohl der Anteil ihrer Steuereinnahmen am Gesamtsteuereinkommen derzeit nur bei 12,5 % beträgt. Auf diese Weise wälzen Bund und Land große Teile der Kosten ihrer Politik auf die Kommunen ab.

Doch kommen wir zu unserem Haushalt:

Im Dezember 2000 erhielten wir von der Verwaltung einen ausgeglichenen Haushaltsentwurf. Allerdings ging dieser Entwurf von einer Grund- und Gewerbesteuererhöhung aus. Dass wir diese Steuererhöhung nicht wollten, hatten wir mehrfach angekündigt. Der Gewerbesteuerhebesatz ist nicht nur ein Indikator für die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen. Er wird auch bei Neuansiedlungen immer wieder kritisch hinterfragt. Nach wie vor bilden wir das Schlusslicht in der Arbeitslosenstatistik des Kreises. Wenngleich sich die Prozentzahl im Vergleich zum Vorjahr verbessert hat.

Als Mehrheitsfraktion betrachteten wir es als unsere Aufgabe Mehrausgaben bzw. ein Weniger an Einnahmen durch Kompensierungsvorschläge auszugleichen. Das haben wir in vielen Einzelpunkten auch getan und dadurch beigetragen, das Zahlenwerk insgesamt noch zu verbessern.

Erstaunt hat uns bei den Beratungen in den Ausschüssen, dass außer uns - der CDU - dies niemand getan hat. Ich kann mich nicht erinnern, auch nur einen Sparvorschlag von anderen Fraktionen gehört zu haben.

Schwach fanden wir auch die Vorstellung der SPD in den Ausschussberatungen, die in der Regel von kompletten Enthaltungen gekennzeichnet war.

Für die CDU-Fraktion ist es wichtig festzuhalten, dass alle durch uns eingebrachten Vorstellungen im Haushalt wiederzufinden sind.

Im Jahr 2000 wurden große und wichtige Maßnahmen angekündigt.

Doch wieder einmal ist nicht das, was geplant wurde, auch umgesetzt worden. Zu lange haben wir auf den "Masterplan", der ja Grundlage für die Umsetzung sein sollte, warten müssen. Auch die Frage, ob es nördlich der Autobahn zu weiteren Gewerbeausweisungen kommen kann, ist nicht beantwortet. Das Gutachten hierzu ist uns gestern ausgehändigt worden. Der Workshop "Bahnhofsumfeld" hat interessante Entwicklungen aufgezeigt. Bleibt zu hoffen, dass es auch zu einer Umsetzung kommt. Mit der Entwicklung unserer Innenstadt kann man nicht zufrieden sein. Zwar hat sicher nicht nur Emmerich das Problem mit leerstehenden Geschäften. Doch haben wir darüber hinaus weitere Problemfelder.

An der Infrastruktur wird in diesem Jahr gearbeitet. Erste positive Ansätze sind rund um das alte Rewe-Center zu verzeichnen. Die Neugestaltung des Neumarktes ist für uns beschlossene Sache. Hier hat unser Antrag, den Haushaltsansatz auf insgesamt 400 TDM zu erhöhen, gegriffen. Darüber hinaus sind im "Masterplan" weitere Innenstadtprobleme aufgegriffen worden, die nun Punkt für Punkt abgearbeitet werden müssen. Auch hier sind auf unseren Antrag 200 TDM im Haushalt festgeschrieben worden.

Es gilt aber vor allem, das Image der Stadt Emmerich am Rhein zu verbessern. Hier müssen alle mitwirken. Verwaltung und Politik, EWG und Interessengemeinschaft, die Bürger der Stadt Emmerich und die Vertreter der örtlichen Presse.

Es heißt, in Emmerich wird alles zerredet. Doch ist den Bürgern der Stadt Emmerich bekannt, dass ca. 95 % aller Entscheidungen - egal ob in den Ausschüssen oder letztlich im Rat - einstimmig gefasst werden?

Ist dem Bürger bekannt, dass in vielen Sachfragen die Politik fraktionsübergreifend gut, sachlich und fair miteinander den richtigen Weg sucht? Leider sind oft nur die 5 % interessant, die wir kontrovers diskutieren.

Arbeiten wir an einem positiven Image für Emmerich ! Alle!

Doch zurück zum Verwaltungshaushalt. Halten wir fest:

Wir haben an keiner Stelle unsere freiwilligen Zuschüsse im Jugend-, Sport- und Kulturbereich senken müssen! Wir erhöhen keine Steuern. Wir haben einen ausgeglichenen Haushalt trotz des erstmals im Haushalt aufzunehmenden Sozialhilfeansatzes von knapp 2 Mio. DM.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, kommen wir zum Vermögenshaushalt. Haben wir im Dezember noch darüber diskutiert, wie viel Millionen wir nicht an Krediten aufgenommen haben, obwohl diese im Haushalt standen, so schauen wir jetzt auf ca. 16 Mio. DM Investitionen, die in diesem Jahr geplant sind - wohlwissend, dass wir am Ende des Jahres auch hiervon die eine oder andere Maßnahme wieder nicht haben umsetzen können.

Lohmann wird gebaut. Ob mit oder ohne Bücherei, wird in Kürze entschieden.

Der Nonnenplatz mit seinem Umfeld erhält in diesem Jahr ein neues Gesicht. Die vorgestellten Pläne haben ein positives Echo erfahren.

In diesem Jahr wird an vielen Schulen in verschiedenste Maßnahmen investiert. Für neue Medien werden 5 Jahre jeweils 100 TDM zur Verfügung gestellt.

Die 's-Heerenberger Straße wird neu gebaut. Nicht nachvollziehbar ist für uns die Ablehnung des Haushaltes der BGE – ich greife jetzt wahrscheinlich vor - wegen dieser Frage.

Die Realschulturnhalle wird in diesem Jahr fertig. Die Europa-Turnhalle wird in diesem Jahr geplant. Die Dreifachturnhalle erhält eine neue Decke.

Elten erhält die seit Jahren geplante Leichenhalle.

Und nicht zuletzt die bereits erwähnten Maßnahmen für die Innenstadt, sind die wichtigsten investiven Maßnahmen in diesem Jahr.

Wir werden uns mit der Thematik der Aufhebung schienengleicher Bahnübergänge auseinandersetzen. Für erste Planungskosten haben wir 100 TDM in den Haushalt eingestellt.

Auch der Vermögenshaushalt ist für das Jahr 2001 ausgeglichen.

Die mittelfristige Finanzplanung ist Bestandteil des Haushaltes und erfährt insbesondere vom Kreis eine hohe Beachtung. Wenngleich man Herrn Siebers schon zugestehen muss, dass viele Positionen nur mit "Schätzwerten" belegt werden können.

Die CDU hat beantragt, zu prüfen, ob es möglich ist, die Albert-Schweitzer-Grundschule ins Schulzentrum zu integrieren. Finanzpolitisch ergäbe das ohne Zweifel hohe Einsparpotentiale. Doch es gilt auch die schulpolitischen Argumente zu hören. Nach der Erstellung einer entsprechenden Vorlage wollen wir mit allen Beteiligten offen über dieses Thema diskutieren.

Die CDU hat beantragt, zu prüfen, die Straßenbeleuchtung - die zum Teil Eigentum der Stadt ist - an die Stadtwerke zu verkaufen. Neben dem Verkaufserlös sind jährliche Einsparungen und eine auf zwei Jahre verkürzte Sanierungszeit der Straßenlaternen verbunden.

Die bereits beantragte Erstellung eines Liegenschaftskatasters soll konkretisiert werden in einem Konzept für ein Immobilienmanagement für städtische Gebäude.

Die CDU hat beantragt, zu prüfen, ob bzw. unter welchen Voraussetzungen sich der Verkauf der Abwasserwerke für die Stadt lohnt. Nach unseren Vorstellungen besteht die berechnete Chance, ohne Erhöhung der Gebühren, sich komplett zu entschulden und darüber hinaus freie Mittel z. B. für die Gestaltung der Rheinpromenade zu erzielen.

Die Beantwortung dieser Anträge wird die mittelfristige Finanzplanung kräftig - positiv - verändern.

So blicken wir doch zuversichtlich und optimistisch nach vorne. Nur eine vernünftige Sachpolitik hat Zukunft in Emmerich. Lösungsansätze zu Sachfragen bestimmen unser Handeln.

Die CDU bedankt sich bei allen Bürgern, die ehrenamtlich unsere Arbeit im Initiativkreis, in Workshops, in Arbeitskreisen usw. begleiten. Wir bedanken uns bei der Stadtparkasse und bei der Raiffeisenbank, die aktiv am Stadtbild mitarbeiten. Wir sind dankbar für das ehrenamtliche Engagement in Vereinen, im Rheinmuseum, in der Bücherei und in den Fördervereinen.

Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung möchte ich ebenfalls danken. Ich beantrage für die CDU-Fraktion, den Haushalt 2001 mit dem Stellenplan und der Änderungsliste die Zustimmung zu geben.

Herzlichen Dank.

(Schauen wir mal - ob wir morgen die positiven oder negativen Ansätze zu lesen bekommen)

Der Vorsitzende erteilt Mitglied Möllenbeck das Wort.

Mitglied Möllenbeck:

“Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

Emmerich - gerade über die Schwelle des 21. Jahrhunderts getreten - Zeit für eine kurze Standortbestimmung.

Was sind die Themen, sprich großen Projekte unserer Stadt und wie weit ist ihre Realisierung?

Bietet der Haushalt eine nachhaltige Finanzierungsgewähr?

Wie verkaufen wir unsere Stadt nach außen?

Ich beginne mit einem kleinen Beispiel für meine letztgenannte Frage. Anlass gab mir die um die Jahreswende gerne veröffentlichten Grußworte der Bürgermeister. Da verkündete der Reeser Bürgermeister in der dicken Überschrift: "Schmuckkästchen am Niederrhein behutsam fortentwickeln". Unser Bürgermeister sagt: "Für Emmerich gilt: Probleme meistern."

Da frage ich Sie, wie fühlt man sich als Emmericher bei dieser Außendarstellung und will ein Interessierter aus der Nachbarschaft eine Stadt mit Problemen besuchen, dort spazieren gehen und einkaufen oder fährt er doch lieber gleich in ein "Schmuckkästchen"?

Wobei ich allerdings weiß, dass die Überschrift nicht von den Bürgermeistern gemacht worden sind, sondern von der Redaktion. die nehme ich jetzt mal mit dazu.

Sind wir nicht selbst für das Image unserer Stadt verantwortlich? Reden nicht gerade unsere Führungskräfte in Politik, Verwaltung und Wirtschaft unsere Stadt herunter? Ist Image und Marketing nicht auch ein Schlüssel zum Erfolg? Beherrschen unsere Führungskräfte diese Instrumente unserer Stadt. Wenn wir Erfolg haben wollen, müssen wir zuerst einmal an scheinbar einfachen Dingen arbeiten. Hier muss sich dringend in den Köpfen der Betroffenen - auch von einigen Politikern - etwas ändern.

Nun zu den wichtigsten Projekten, die unsere Stadt als Wirtschafts-, Tourismus- und Wohnstandort nach vorne bringen werden, damit auch wir von einem Schmuckkästchen reden können.

Der uns vorliegende Haushalt setzt deutliche Akzente im Bereich der Innenstadt.

Beim Stadtquartier Nonnenplatz/Lohmann können wir eine mehr als 10 Jahre währende Planung und Diskussion beenden und umsetzen. Finanzmittel sind im Haushalt eingestellt, das Plakatmuseum wird gebaut und es wird zahlreiche Besucher in unsere Stadt ziehen. Bei der Realisierung der Wohnbebauung hoffen wir sehr, dass beim Investor Sparkasse die - sich manchmal widersprechenden - wirtschaftlichen und städtebaulichen Interessen zum Wohle der Stadt unter einen Hut bringen lassen. Im Bereich Pesthof/Baustraße sind wir durch die auf Antrag vorgenommenen Korrekturen auf gutem Weg.

Hohe Priorität hat die Rheinpromenade! Nach ebenfalls 10-jähriger Planung und Diskussion stehen wir nun unwiderruflich vor der Realisierung, Mittel sind im Haushalt 2001 eingeplant, das Verfahren kann fortgeführt werden. Wir freuen uns, dass die Verwaltung sich nun doch dem SPD Vorschlag geöffnet hat, die Diskussion über die städtebauliche Gestaltung unserer Promeniermeile unter Einbeziehung aller Beteiligten im moderierten Verfahren durchzuführen. Im Rahmen dieses Verfahrens können Fehler korrigiert und unsere Rheinpromenade zu dem Sahnehäubchen werden von dem alle so gerne reden. Wir nannten es vor einem Jahr moderiertes Mediationsverfahren, aber mit dem Begriff konnte man in Emmerich nicht anfangen.

Zeit ist verloren gegangen, unnütze Beschlüsse sind gefasst worden. Dies passt genau in den kommunalpolitischen Verlauf des letzten Jahres. Jahr 2000 - Jahr des Stillstand -. Mit welchem Elan startete die CDU ins vergangene Jahr. Eine vermeintliche Mehrheit im Rücken wurden zig Anträge gestellt. Ich greife nur einen heraus - 200.000 DM für Sofortmaßnahmen in der Innenstadt. Was ist passiert - nichts! Dabei bedarf die Innenstadt unserer gemeinsamen Kraftanstrengung und Zusammenarbeit. Mehrheitsüberheblichkeit und Konfrontation standen dem Fortgang einiger Projekte im Wege. Die Einigkeit war nur oberflächlich da und in nicht so wesentlichen Fragen, da bin ich anderer Auffassung als mein Kollege gegenüber. Vielleicht gelingt uns die Abstimmung und Zusammenarbeit im Interesse unserer Stadt in diesem Jahr besser.

Die Gestaltung der Innenstadt ist und wird in Zukunft ein Schwerpunkt der Entwicklung und Investitionsmaßnahmen bleiben. Lassen Sie mich von den vielen Maßnahmen, die in der Innenstadt notwendig sind zwei weitere für uns wichtige Themen herausstellen. Die geänderte Verkehrsführung und die Neugestaltung der Kaßstraße sowie die Gestaltung des Neumarktes haben für uns hohe Priorität.

Beim Straßenausbau werden wir unserem Grundsatz treu bleiben, kein Ausbau gegen den Willen der Bürger!" So haben wir im Bereich des Diepe Kuhweges und der Jan-de-Beyer-Str. geänderte Voraussetzungen, die - sollten sich die Trinkwassereinzugsbereiche nicht ändern - eine erneute Beteiligung der Bürger notwendig machen. Der Ausbau der 's-Heerenberger Straße wird von der großen Mehrheit der Anlieger gewünscht.

Unsere Schulen waren die deutlichen Gewinner der diesjährigen Haushaltsberatungen. Hier wurden alle Anmeldungen der Schulen in der baulichen wie auch räumlichen Ausstattung berücksichtigt und zusätzlich mehr als eine halbe Million in den Haushalt aufgenommen. Damit konnte zum Teil der erhebliche Nachholbedarf aufgeholt werden.

Beim Thema Schule werden wir der Standortverlagerung der Albert-Schweitzer-Schule und des dort befindlichen Schulkinderhauses nur zustimmen, wenn im Gebäude an der HansasträÙe alle räumlichen Voraussetzungen geschaffen werden, die dem pädagogischen Auftrag einer Grundschule entsprechen. Dazu muss eine entsprechende Schulhofgestaltung und Gestaltung des Umfeldes der Schule unter Einbeziehung der Verkehrssituation erfolgen.

Für uns steht hier keinesfalls der wirtschaftliche Aspekt im Vordergrund, sondern das Wohl der Kinder durch die Gewährleistung des reibungslosen Ablaufs des Grundschulalltags. Dazu sind erhebliche Investitionen am neuen Standort an der HansasträÙe notwendig, die frühzeitig mit der Schulkonferenz abgestimmt werden müssen.

Waren dies die sicherlich positiven Seiten im investiven Bereich des Haushalts 2001, so komme ich nun zum problematischen Teil.

Während der Haushaltsplanberatung legte die CDU zwei altbekannte Themen auf den Tisch, Straßenbeleuchtung und Privatisierung der Abwasserwerke, mit denen sie wie man der Presse entnehmen konnte, kurzerhand den Haushalt sanieren will. Da war von völliger Entschuldung die Rede, ich frage nur auf wessen Kosten?

Seit einigen Jahren ist durch Vertrag der Besitz, die Erneuerung und Wartung unserer Straßenbeleuchtung in den Außenbezirken unserer Stadt den Stadtwerken übertragen. Die Stadt bezahlt diese Leistungen einschließlich des Stroms jährlich. Sicherlich macht es Sinn auch die Innenstadt in das Vertragswerk einzubeziehen, da sehr viel schneller notwendige Maßnahmen umgesetzt werden können.

Wer hierin aber eine Kostenersparnis für die Stadt sieht, hat das Thema nur sehr oberflächlich beleuchtet. Es ist ein klassisches Nullsummenspiel, denn dem einmaligen Verkaufserlös stehen jährliche Ausgaben entgegen, denn wir werden auch weiterhin für die Kosten der Straßenbeleuchtung aufkommen müssen und Finanzmittel in den Haushalt einstellen.

Unser Partner bei diesem Geschäft ist ein gewinnorientierter städtischer Wirtschaftsbetrieb und kein Wohlfahrtsinstitut. Der Gewinner dieses Deals ist nicht unsere Stadtkasse, sondern das Straßenbild unserer Stadt, darum werden wir uns einer Verhandlung über eine Vertragsergänzung nicht sperren.

Beim Thema Privatisierung der Abwasserwerke handelt es sich um ein hochsensibles und komplexes Thema. Ohne Anstoß der CDU finden seit Monaten Gespräche unter Beteiligung der Verwaltung, der Abwasserwerke und der Stadtwerke statt. Hier muss erst durch die Vergabe einer Vorstudie, die ca. 30 TDM kosten wird, vorurteilsfrei und ergebnisoffen geklärt werden, ob es überhaupt Sinn macht, das Thema weiter zu verfolgen.

Wenn heute die CDU schon verkündet, sie wolle damit bis zur nächsten Wahl den Haushalt entschulden, das konnte man jedenfalls der Presse entnehmen, kann man darin nur populistischen Aktionismus erkennen. Denn würden wir von heute auf morgen die Abwasserwerke privatisieren, müssten wir z. B. auch sagen, dass die Abwassergebühren mit Mehrwertsteuer belastet werden. Ob das den Bürger freut?

Dieses Thema sollte darum sehr behutsam behandelt und entwickelt werden. Dazu gehört eine systematische und zielgerichtete Untersuchung, denn am Ende muss eine nachhaltige Verbesserung und eine dauerhafte Entlastung stehen, ansonsten müssen wir es lassen. Und da muss man sehr viel weiter als bis zur nächsten Wahl denken.

Die Haushaltsplanberatungen dieses Jahres haben uns noch weitere interessante Erkenntnisse gebracht.

Hatte die Verwaltungsspitze bei Haushaltseinbringung klare und deutliche Aussagen zum Haushalt und den finanziellen Zukunftsperspektiven gemacht, so blieb von dieser Klarheit am Ende nichts mehr übrig.

Eine derart chaotische Beratung habe ich in meinem 20-jährigen politischen Engagement nicht erlebt. In einigen Ausschüssen konnte fast keine Frage eindeutig von der Verwaltung beantwortet werden; Antworten wie - ja kann man machen - muss aber nicht - vielleicht doch, waren an der Tagesordnung. Fast alle hinterfragten Positionen stellten sich als grobgegriffene Zahlen heraus, selbst bei z. B. wichtigen Brandschutzmaßnahmen an unseren Schulen war die Verwaltung sich Ende Januar nicht sicher, ob sie wirklich notwendig waren.

Haushaltspositionen wurden beliebig zugeordnet, Ansätze wurden in Sekundenschnelle um mehrere hunderttausend rauf und runter verändert. Alles kein Problem. Die ein oder andere Ausschusssitzung war kaum von einer Kappensitzung zu unterscheiden.

Wesentlich geordneter könnten die Beratungen verlaufen, würden endlich die Einzelpläne - so wie es die SPD seit drei Jahren anmahnt - praxisnah zugeordnet. Gravierendstes Beispiel ist der Schulbereich, die Schulgebäude müssen dringend - so wie es die KGSt auch empfiehlt - dem Fachbereich Schule angegliedert werden.

Zusammenfassend fragen wir uns, wie war der Haushaltsentwurf eigentlich gemeint? Vielleicht nur als grobe Orientierungshilfe? Kann dieser nun von den Ausschüssen veränderte Plan eine seriöse Finanzierungsgrundlage für die wichtigen Projekte unserer Stadt sein?

Wir stellen fest: Sinkende Einnahmen z. B. 2 Mio. bei der Einkommensteuer, die gestiegene Gewerbesteuerumlage und die Finanzierungsbeteiligung an den Sozialhilfekosten belasten den Haushalt. Der Haushalt konnte wie im Jahr 2000 auch in diesem Jahr nur durch einen kräftigen Griff in den Sparstrumpf sprich Rücklage in Höhe von 4,9 Mill. DM ausgeglichen werden.

Nach Gemeindehaushaltsverordnung dürfen Mittel der allgemeinen Rücklage zum Ausgleich des Verwaltungshaushaltes nur verwendet werden, wenn sonst der Ausgleich trotz Ausschöpfung aller Einnahmemöglichkeiten und Ausnutzung jeder Sparmöglichkeit nicht erreicht werden kann. Haben wir alle Einnahmemöglichkeiten ausgeschöpft? Wir sagen Nein!

Die gesetzlich vorgeschriebene Mindestrücklage, die als Reserve absolut notwendig ist, wird nicht mehr erreicht.

Sehen wir uns die mittelfristige Finanzplanung einmal genauer an. Hier geht die Verwaltung von erheblich höheren Einnahmen durch höhere Steuersätze aus, in den nächsten drei Jahren reden wir von mehr als 3 Mio. DM, die heute schon nicht mehr zu erreichen sind. Personalkosten sind eingefroren, und die Kürzungen im freiwilligen Bereich sind eingeplant.

An dieser Stelle weisen wir deutlich darauf hin, dass wir zukünftig keine Kürzungen im freiwilligen Bereich hinnehmen werden, denn gerade hier wird ehrenamtlich wertvolle Arbeit geleistet. Müssten wir sie selbst machen, käme sie uns um ein Vielfaches teurer. In dieser Situation war es falsch, den Gewerbesteuerhebesatz nicht anzuheben. Die CDU ist in einer schwierigen Lage, stimmt sie der notwendigen Korrektur zu, bestätigt sie gleichzeitig ihr politisches Unvermögen des letzten Jahres. Also schustert sie irgendwie den Haushalt hin, Augen zu und durch. Frei nach dem Motto, der gut in die Jahreszeit passt: "Et hät jo immer gut gejon."

Wir bleiben dabei und können es auch durch Aussagen der Wirtschaft belegen. Der Gewerbesteuerhebesatz ist kein entscheidendes Ansiedlungskriterium und sichert oder gefährdet keinen einzigen Arbeitsplatz. Uns ist kein einziges Ansiedlungsgespräch bekannt, in dem der Gewerbesteuerhebesatz eine entscheidende Rolle gespielt hat.

Viel interessanter und für eine Ansiedlung absolut entscheidend ist der Grundstückspreis. Und um den Preis auf Konkurrenzhöhe - sprich niedrig - zu halten, müssen wir unter Umständen tief in die Stadtkasse greifen.

Ich will weitere Zukunftsrisiken ansprechen. Das Stichwort EUR stelle ich auch in diesem Jahr in den Raum ohne näher darauf einzugehen. Um Emmerich als Wirtschaftsstandort zu sichern, müssen wir neue Gewerbeflächen entwickeln und Haushaltsmittel bereitstellen. Allein die Gründung einer Wirtschaftsförderungsgesellschaft hilft auch nicht weiter. Um effizient zu arbeiten, muss sie finanziell gut ausgestattet sein.

Rationalisierungspotenziale sind ausgeschöpft, die Ausweitung der sogenannten Neuen Steuerung innerhalb der Verwaltung, wird auch keine Kostenersparnis mehr bringen.

Darum sind wir uns mit der Verwaltung einig, dass neben Sparmaßnahmen mit Augenmaß auch die Einnahmen dringend verbessert werden müssen.

Wir brauchen eine vorausschauende und nachhaltige Haushaltspolitik, die uns mittelfristig wieder Gestaltungsspielräume eröffnet. Der Haushalt 2001 und die mittelfristige Finanzplanung stehen aus vorgenannten Gründen auf tönernen und wackeligen Füßen. So positiv und klar die Projekte der Innenstadt sind, so unsicher ist ihre Finanzierung. Der Haushalt wird insgesamt nicht den Herausforderungen der Zukunft gerecht.

Die SPD-Ratsfraktion hat mehr als ein Jahrzehnt alle Haushalte mitgetragen. Wir haben uns auch diesmal konstruktiv in die Beratungen eingebracht. Konnten wir im vergangenen Jahr noch - mit Bauchschmerzen - zustimmen, so bietet uns der vorliegende Entwurf keine Zustimmunggrundlage.

Wir danken der Leitung sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung und der Tochterunternehmen für die geleistete Arbeit. An dieser Stelle bedanken wir uns auch insbesondere bei allen in den verschiedensten Bereichen ehrenamtlich Tätigen unserer Stadt ohne die ein funktionierendes Gemeinwesen undenkbar wäre.

Die SPD-Ratsfraktion lehnt den Haushalt 2001 in der vorgelegten Fassung ab! Gestatten Sie mir am Ende ein Zitat „Wenn wir uns uneins sind, gibt es wenig was wir können, wenn wir uns einig sind, gibt es wenig, was wir nicht können.“ Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.“

Der Vorsitzende erteilt Mitglied Beckschaefer das Wort.

Mitglied Beckschaefer:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, heute werde ich mich sehr kurz fassen.“

Die BGE lehnt die Haushaltssatzung 2001 ab.

Hierfür gibt es zwei entscheidende Gründe:

Für die Verbesserung und den Ausbau der Innenstadt sind bis zum Jahre 2004 Beträge von 12,2 Mio. DM im Haushalt eingeplant. Längst notwendige Maßnahmen werden endlich eingeleitet.

Diese attraktivere Innenstadt wird aber immer schlechter oder kaum noch erreichbar, da die Zufahrtsstraßen diese Bezeichnung nicht mehr verdienen. Denn für den Rückbau der 's-Heerenberger Straße und der Speelberger Straße und Dederichstraße werden für den gleichen Zeitraum 7,5 Mill. DM im Haushalt angesetzt.

Hier setzt der Rat der Stadt Emmerich rot-grüne Verkehrspolitik um, obwohl diese beiden Parteien im Rat keine Mehrheit haben.

Für den Bau des Plakatmuseums sind 8,1 Mio. DM geplant. Mit dem Betreiber des Plakatmuseums gibt es bis heute immer noch keinen Nutzungsvertrag. Und der Dauerleihgabevertrag ist gemäß Ausführungen der Verwaltung keine juristisch wasserdichte Grundlage für die Überlassung der Plakatsammlung. Deswegen stellen wir jetzt den Antrag, die Haushaltsstelle 1.880.9421.0 mit einem Sperrvermerk zu versehen, bis die Vertragsfragen geklärt sind. Wir meinen, der Rat muss diesen Druck ausüben, damit in der HFA-Sitzung am 20.03. abschlussreife Verträge vorliegen, die dann in der Ratssitzung am 03.04. verabschiedet werden können. Dann kann der Sperrvermerk selbstverständlich wieder aufgehoben werden.

Neben diesen formalen Bedenken die ich geschildert habe, halten wir aber auch die angesetzten Baukosten für sehr risikoreich. Hierzu nur zwei Stichworte: Altbausanierung und Zwischenfinanzierung. Und dadurch werden die Folgekosten auch immer unüberschaubarer.

Die BGE bleibt bei ihrer bisherigen Aussage, dass wir dieses Projekt nicht verantworten können, weil Emmerich es sich nicht leisten kann. Gibt es nicht wirklich wichtigere Aufgaben in dieser Stadt, die wir heute schon durch Kredite finanziert müssen?

Noch ein Satz zum Gesamthaushalt:

Wesentliche Inhalte dieses Haushaltes finden unsere Zustimmung, wie Beibehaltung der Steuersätze, dies war auch unserer Antrag und Renovierung der städtischen Immobilien, hier besonders der Schulgebäude. Auf Einzelpunkte gehe ich hier jetzt nicht ein, denn wir alle wissen ja aus den vergangenen Jahren, dass jeder Haushalt einen gewissen Spielraum hat, um unerwartete Ausgaben zu finanzieren.

Dies beweist der nächste Tagesordnungspunkt der heutigen Ratssitzung ‚Über- und außerplanmäßige Ausgaben 2000‘, hier wurden Mehrausgaben von ca. 1 Mio. DM problemlos durch Mehreinnahmen oder Umschichtungen gedeckt.

Die BGE dankt den Emmericher Steuer- und Gebührendzahlern und fordert sie gleichzeitig auf, kritisch zu beobachten, wie Rat und Verwaltung mit ihrem Geld umgehen. Vielen Dank!”

Der Vorsitzende erteilt Mitglied Maiß das Wort.

Mitglied Maiß:

“Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich will meiner Rede ein paar Sätze vorausschicken. Zwei Dinge: Wir werden weiter die Politik der Stadt kritisch begleiten. Und: Zweitens, es ist gut, wenn abgelehnte ‚GRÜNE-Anträge‘ Jugendparlament, Mediationsverfahren Rheinpromenade jetzt mehrheitsfähig sind.

Der Haushalt des Jahres 2001 wird geprägt von Geldmangel. Das einzige Highlight ist das Plakatmuseum am Niederrhein, das PAN. Es ist der Rest des grünen Traums von der Lohmann-Kultur-Fabrik mit Museen, Bücherei, Jugendzentrum, Café Hades und mit Wohnungen in der obersten Etage.

Jetzt steht nur noch der Flügel am Nonnenplatz und der Realisierung des PAN stehen nur noch der Bürgermeister und sein Beigeordneter im Wege.

Seit Jahren wird in grünen Haushaltsreden der Niedergang der Innenstadt beklagt. Wir wurden zwar gelobt für die Reden, aber die Ratsmehrheiten gaben das städtische Geld nicht für die Innenstadt aus, sondern für neue Wohn- und Gewerbegebiete. Alles nach dem Motto: Die Masse macht's. Aber die Rechnung ging bis heute nicht auf! Die Innenstadt blutete weiter aus.

Seit 1978 wurden fast 5 Quadratkilometer neu bebaut. Mit Häusern, Hallen, Straßen und Verkehrsflächen. Inzwischen liegen fast 19 Prozent von Emmerich unter Steinen und Asphalt! Das ist noch nicht das Ende. Es kann noch schlimmer kommen. Sie haben vorhin gehört von der Kollegin Möllenbeck: neue Gewerbegebiete; manche schielen dahin. Manche schielen auf den Eltenberg, um ihn zu bebauen und andere schielen auf die Trinkwasserschutzzone zwischen Speelberg und der Landesgrenze, nichts für diese Leute tabu.

Aber, wir bemerken ein Umsteuern. Noch nie gab der Rat so viel Geld für die Innenstadt aus. Noch nie haben sich die Verantwortlichen im Rathaus so viel Gedanken über die Innenstadt gemacht wie zur Zeit.

Ein Beispiel ist das PAN, ein anderes die Planung für das Bahnhofsumfeld, die Gesprächsmoderation für die Gestaltung der Rheinpromenade, der Masterplan für die Weiterentwicklung der Innenstadt, die Gestaltungssatzung für die Einkaufsstraßen und das Fassadenprogramm und es gäb' noch einige Dinge mehr.

Auch die Schulen wurden jahrelang vernachlässigt. Sie sind oftmals heruntergekommen wie die Innenstadt. In diesem Jahr wurden zwar die Brandschutzmaßnahmen an den Schulen gestrichen, aber viel Geld wird verbaut werden, viel Geld wird in Computerausrüstung gesteckt oder ins Internet. Zwei Sozialarbeiterinnen helfen in den Hauptschulen und im Förderzentrum. Ein weiterer Sozialarbeiter wird als Streetworker arbeiten und die Beratungsstelle der Caritas wird eine zusätzliche Kraft einstellen.

Das alles kann bezahlt werden ohne Steuererhöhung für den Haus- und Grundbesitz und für Gewerbe und Industrie. Die Erhöhung der Steuer hätte zwar keine Mieterin obdachlos gemacht und keinen Gewerbetreibenden in den Ruin getrieben, aber die Erhöhung wäre das falsche Signal, das falsche Symbol.

Wir brauchen nicht so sehr das Klingeln des Geldes in der Stadtkasse, als vielmehr das Klicken der Schalter in den Köpfen. Wir brauchen ein anderes Denken.

Jetzt noch etwas zu Symbolen und zu alten Anträgen, welche die Verwaltung aus rein formalistischen Gründen niedergemacht hat oder die seit ihrer Einbringung in den Rat abgeheftet sind in einem Ordner mit der Aufschrift "Alles, was wir sowieso nicht wollen".

56 Jahre nach der Befreiung vom Faschismus ist Adolf Hitler immer noch Ehrenbürger von Elten. Nachzulesen im Eltener Buch. Man kann das Geschehene nicht ungeschehen machen, aber man kann und muss es wieder gut machen. Zwei Drittel der Ratsmitglieder sind dazu nötig und ich hoffe, dass sie sich finden werden.

Ähnlich ist es mit Straßennamen. Außer an Gerhard Storm erinnert keine Straße und kein öffentliches Gebäude an Menschen, die gegen die Nazis Widerstand geleistet haben. Emmerich braucht Straßen, die an die Geschwister Scholl, an die Weiße Rose, an die Edelweißpiraten, an Georg Elser oder auch an den Grafen von Stauffenberg erinnern.

Weiterhin brauchen wir Erinnerungspunkte an Elisabeth Selbert (SPD), an Helene Wessel (ZENTRUM), an Helene Weber (CDU) und an Friederike Nadig (SPD). Diese vier Frauen haben 1949 im parlamentarischen Rat zu Bonn die "Gleichberechtigung von Männern und Frauen" im Grundgesetz verankert.

Ohne diese Frauen ist die Frauenbewegung der 70er Jahre nicht denkbar und auch nicht die Gleichstellungsbeauftragte.

Die Stadt will eine Initiative gegen Rechtsradikalismus starten und hat mit der Ausstellung über das Gewissen in der Reichswehr begonnen. Das reicht nicht. Die Ausstellung wird bald abgebaut und vergessen sein. Wir brauchen Aktionen und dauerhafte Zeichen nicht gegen etwas, sondern für etwas, für Menschenrechte.

Wir sollten nachdenken über die Mahatma-Gandhi-Straße und Nelson-Mandela-Allee.

Ich will zusammenfassen: Für eine Wende der städtischen Politik haben wir GRÜNE seit mehr als 10 Jahren gearbeitet. Jetzt deutet sich eine Wende an. Diese Veränderung unterstützen wir und darum stimmen wir dem Etat zu."

Der Vorsitzende erteilt Mitglied Struckhof das Wort.

Mitglied Struckhof:

"Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren,

in den letzten Jahren war ich ein braver Beobachter der Haushaltsreden unserer Stadt am Rhein, die keine Hansestadt mehr sein darf und gerade auch noch deshalb die letzte Tradition, das Emmericher Wappen, durch ein neues Logo abschaffen wird. Heute ist nun für mich Premiere und ich darf erstmals vor diesem Gremium eine richtige Haushaltsrede halten.

Natürlich will ich in diesem Hause nicht zu sehr als Neuling auffallen und möchte deshalb - der guten Tradition folgend - mit einem Zitat beginnen.

Aber etwas anders machen will ich es dann doch. So habe ich z. B. nicht in dicken Wälzern nach einem schlaun Zitat gesucht und werde heute auch keine berühmte, anerkannte Persönlichkeit zitieren.

Als Kommunalpolitiker habe ich mich mal in unserer Heimatstadt umgehört und umgeschaut und zitiere mal jemanden aus meiner nahen Umgebung.

So, hier ist es nun, mein Haushaltsredenzitat "Der Etat 2001 ist grünlich". Jawohl meine Damen und Herren!

Sie haben richtig gehört. Ich habe Franz Maiß von den Bündnis/GRÜNEN zitiert, weil er Recht hat. Der Haushalt 2001 ist in der Tat grünlich. Und ich bin da stolz drauf, dass ich nun bewusst in vielen Köpfen die Chromatik durcheinander bringe.

Die Lehre von der Entstehung und Ordnung der Farben und von ihrer Wirkung auf das Auge oder sollte ich besser sagen: von ihrer Wirkung aufs Gemüt? Seit der letzten Wahl ist in der Hansestadt, Verzeihung, in der Stadt am Rhein einiges anders geworden! Nein! Das scheint nur so. Ich will Sie alle nicht verwirren und nun beruhigen. Gesetzmäßigkeiten ändern sich nicht. Nie. Auch nicht mit diesem Haushalt. In der Chromatik erhält man die Farbe grün, wenn man blau und gelb mischt, tun wir noch ein bisschen rot dabei, wobei ich nicht weiß, ob rot für die BGE oder für die SPD stehen soll, dann erhalten wir schwarz.

Sie sehen, dass es immer wieder die Mischung macht. Und das gefällt mir an unserer derzeitigen Zusammenarbeit im Rat. Dennoch bleiben die grundsätzlichen Gesetzmäßigkeiten bestehen und richtig. Deshalb wird die F.D.P. diesem Haushalt zustimmen und ich will das nun für meine Fraktion begründen.

1. Die Gewerbesteuer wird nicht erhöht. Und noch viel wichtiger, auch die Grundsteuern A und B, die jeden Bürger treffen würden, werden dank der F.D.P. nicht erhöht. Das macht 311.000 Deutsche Mark, um die der Bürger nicht mehr belastet wird oder etwas bescheidener ausgedrückt: 159.011 Euro. Daran müssen wir uns bald gewöhnen. Deshalb will ich meine heutige Rede schon mal in Euro halten.

Ich möchte auch ein bisschen den Bund der Steuerzahler zitieren, der bekanntermaßen sachliche und volkswirtschaftliche richtige Anmerkungen zu Steuern macht, um hier mal mit den ganzen Ammenmärchen aufzuräumen, die immer wieder durch die örtliche Presse geistern.

Auch über die Höhe des Gewerbesteuerhebesatzes kann die Kommune Standort- und Arbeitsmarktpolitik betreiben. Denn aus Kommunen mit relativ niedrigen Gewerbesteuerhebesätzen wie z. B. in Haan, Raesfeld oder Verl ist bekannt, dass hier ansiedlungswillige Unternehmen relativ häufiger anzutreffen sind, als in den Kommunen mit den höchsten Gewerbesteuerhebesätzen wie etwa Bottrop, Mülheim oder Essen. Bekanntermaßen ist Coca-Cola aus Essen weggezogen.

Zusammen mit Castrop-Rauxel haben diese Kommunen die höchsten Gewerbesteuerhebesätze beschlossen (470 Prozentpunkte). Anders die Situation in den nordrhein-westfälischen "Steuroasen" Schloss Holte-Stukenbrock, Raesfeld und Haan. Die hier von den Räten beschlossenen Hebesätze (jeweils 300 Prozentpunkte) belasten Wirtschaft und Industrie am wenigsten. Die kommunalen Ratspolitiker haben es also auch in der Hand, durch Zurückhaltung bei den kommunalen Steuersätzen, insbesondere im Bereich der Gewerbesteuer für ein wirtschaftsfreundliches Klima und somit für sichere Arbeitsplätze, ich wiederhole, sichere Arbeitsplätze zu sorgen.

Nicht unerwähnt darf bleiben, dass die Gewerbesteuer gerade für die Unternehmen im grenznahen Bereich ein gewichtiger Standortnachteil ist, da diese Abgabe im übrigen EU-Umland weitestgehend unbekannt ist. Soweit der Bund der Steuerzahler.

Womit ich zum nächsten Thema komme:

2. Die Schuldenfreiheit. Auffallend ist z. B., das Raesfeld sogar schuldenfrei ist. Mit oder vielleicht auch wegen den niedrigen Steuersätze? Ich weiß, dass viele Sozis das nicht begreifen können und wollen. Das werde ich auch heute nicht schaffen, diese umzustimmen. Aber es ist so und ich darf das sagen; weil ich doch sogar mal Juso-Vorsitzender in Bad Neuenahr-Ahrweiler war. Und deshalb stelle ich fest, dass sogar Jusos können dazulernen. Schau'n mer mal.

An Johannes Diks gewandt möchte ich gestehen, dass ich mich schon bisschen gelb und blau geärgert habe, dass die Schwarzen zuerst an die Öffentlichkeit traten mit der Möglichkeit der Privatisierung der Abwasserwerke, die unsere Stadt schuldenfrei machen wird. Dazu sagen wir: Ja., weil wir die Privatisierung in unseren Programmen steht und unser Programm setzen wir um, wenn dies realistisch umsetzbar erscheint und die Emmericher wechselnden Mehrheiten dies zulassen. Aber an die Adresse der CDU, lieber Johannes Diks, möchte ich auch sagen, eine Privatisierung muss eine echte Privatisierung mit der Gründung einer GmbH oder noch besser einer Aktiengesellschaft sein. Um Monopole und Preisdiktat von den Bürgern abzuwenden, plädieren wir für eine evtl. Trennung von Kanalisation und Klärwerk. Mit der Umsetzung sollten wir jetzt nicht lange warten, weil die Stadt Finanzspielräume braucht. Ich möchte das vor der nächsten Kommunalwahl umgesetzt wissen.

Die Zinsersparnis von über 1,1 Mio. Euro können wir gut gebrauchen. Die investiven Altlasten werden von uns endlich entsorgt. Neue Schulden nehmen wir dann hoffentlich nur noch für dringende und langfristige Investitionsvorhaben auf.

3. Die Attraktivität der Stadt! Was haben wir von sicheren Arbeitsplätzen, wenn die Arbeitnehmer und Firmenchefs nicht in Emmerich wohnen und uns so Einkommenssteueranteile verloren gehen? Deshalb ist es stadtpolitisch richtig, die Kultur zu fördern und zu investieren in ein Plakatmuseum, in die Kulturbetriebe, in eine Bücherei, in ein Künneke-Jahr, in ein Hallenbad, in den Karneval, in die Innenstadt, in die Schulen, in die Rheinpromenade, in eine schlanke und bürgerfreundliche Verwaltung, in eine gesunde Natur, die den Menschen in seinem Bewusstsein, in seiner Lebensfreude beeinflusst. Kurz: in eine lebenswerte und liebenswerte Stadt. Hierzu ist dieser blau-gelb-gemischte Haushalt tatsächlich ein guter Schritt in die richtige Richtung.

Lieber Franz Maiß: Lass uns hier in den nächsten Jahren die Schritte vergrößern, lass uns was bewirken.

Viertes und letztes Thema: Die Schulen. Wir investieren endlich in die Ausstattung mit Computern und in die Renovierung der Gebäude. Allerdings brauchen wir endlich eine Prioritätenliste mit Planung und Zeitfolge, wann endlich alles abgearbeitet sein wird. Sorgen machen mir noch die Folgekosten von Wartung und den up dates der Software, um die Systeme zeitgemäß halten zu können. Hier dürfen wir die Zukunft nicht verschlafen und brauchen ein "e-Management".

Mit einem Umzug der einzigen evangelischen Grundschule oder einer Zusammenlegung mit einer anderen Grundschule sind wir als F.D.P. nicht einverstanden. Ich frage mich ernsthaft, wer auf das neue Baugebiet rund um die Albert-Schweitzer-Grundschule hofft, weil schon die Häuser an der Hubert-Fink-Straße und 's-Heerenberger Straße nach und nach geräumt werden.

An Immobilienspekulationen sollte sich die Stadt nur in der Form beteiligen oder diese unterstützen, wenn sie selber der alleinige finanzielle Nutznießer ist. Wir werden die Schulleiter der Grundschulen bald zu einem Gespräch laden, um mit ihnen über Lösungsansätze zu beraten. Die Freidemokraten Emmerichs werden diese heiklen Fragen nicht ausklügelnd und nicht am "Runden Tisch" entscheiden.

Zum Schluss will ich aber noch einmal deutlich sagen, dass wir zu unserer Koalition mit den Christdemokraten stehen, oder wie Möllemann und Friedhoff gerne sagen, zu den "katholischen Sozialdemokraten". Aber auch mit anderen "Andersgläubigen" werde ich weiter gleichberechtigte Gespräche führen, um für unsere Stadt das Beste herauszuholen. Deshalb bemühe ich jetzt dann doch die PDS-Politikerin Frau Sarah Wagenknecht für ein Zitat zum Schluss. Wie Sie alle wissen, gehört sie der Kommunistischen Plattform der PDS an und ist mit dem Sohn eines kapitalistischen hohen Ministerialdirigenten verheiratet. Sie sagte, hierzu befragt: "Man kann sich menschlich sehr verbunden sein und sich mögen und dennoch in der Sache trefflich streiten!"

In diesem Sinne freue ich mich auf unser weiteres Miteinander und hoffe, dass die Wähler den guten Willen erkennen und die feinen Unterschiede auch zukünftig klar zu unterscheiden wissen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. "

Der Vorsitzende stellt den Antrag der BGE-Fraktion zur Abstimmung:

Sperrvermerk bei der HHSt. 1.880.9421.0 "Herrichtungskosten Lohmann"

Beratungsergebnis: 4 Stimmen dafür, 30 Stimmen dagegen, 1 Enthaltung

Somit ist der Antrag abgelehnt.

Der Vorsitzende lässt über die Haushaltssatzung abstimmen:

Der Rat beschließt

1. die nachfolgende Haushaltssatzung der Stadt Emmerich am Rhein für das Haushaltsjahr 2001 mit Haushaltsplan und Anlagen:

**Haushaltssatzung der Stadt Emmerich am Rhein  
für das Haushaltsjahr 2001**

Aufgrund der §§ 77 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV NRW S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28.03.2000 (GV NRW S. 245) hat der Rat der Stadt Emmerich mit Beschluss vom                    folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2001, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinde voraussichtlich eingehenden Einnahmen, zu leistenden Ausgaben und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

|                        |                     |               |
|------------------------|---------------------|---------------|
| im Verwaltungshaushalt | in der Einnahme auf | 84.989.362 DM |
|                        | in der Ausgabe auf  | 84.989.362 DM |

|                      |                     |               |
|----------------------|---------------------|---------------|
| im Vermögenshaushalt | in der Einnahme auf | 27.948.944 DM |
|                      | in der Ausgabe auf  | 27.948.944 DM |

festgesetzt.

## § 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme im Haushaltsjahr 2001 zur Finanzierung von Ausgaben im Vermögenshaushalt (für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen) erforderlich ist, wird auf

5.445.000 DM

festgesetzt.

## § 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen, der zur Leistung von Investitionsausgaben und Ausgaben für Investitionsförderungsmaßnahmen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf

8.065.000 DM

festgesetzt.

## § 4

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im Haushaltsjahr 2001 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf

7.000.000 DM

festgesetzt.

## § 5

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern werden für das Haushaltsjahr 2001 wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer
  - 1.1 für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe  
(Grundsteuer A) auf 220 v.H.
  - 1.2 für die Grundstücke  
(Grundsteuer B) auf 330 v.H.
2. Gewerbesteuer  
nach dem Gewerbeertrag auf 380 v.H.

## § 6

1. Der Kämmerer oder der für das Finanzwesen zuständige Bedienstete entscheidet über die Leistung von über- oder außerplanmäßigen

Ausgaben.

Über- und außerplanmäßige Ausgaben ab 50.000 DM im Einzelfall bedürfen der vorherigen Zustimmung des Rates der Stadt nach § 82 GO NW.

Zahlungen nach § 22 GemHVO, kalkulatorische Kosten, Innere Verrechnungen sowie Kreditumschuldungen bleiben hiervon unberührt.

2. Als geringfügig i.S.v. § 82 Abs. 1 Satz 5 GO NW gelten über- und außerplanmäßige Ausgaben bis zu 5.000 DM.
3. Die Grenze erheblicher Abweichungen i.S.v. § 80 Abs. 2 Ziffer 1 und 2 GO NW wird auf 2 v.H. der Einnahmen des Haushaltsjahres festgesetzt.
4. Die Geringfügigkeit von Investitionen i.S.v. § 80 Abs. 3 Ziffer 1 GO NW wird auf 2 v.T. der Einnahmen des Haushaltsjahres festgesetzt.
5. Über- und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen ab 50.000 DM gelten gem. § 84 Abs. 1 GO NW i.V.m. § 82 Abs. 1 Satz 4 GO NW als erheblich und bedürfen der vorherigen Zustimmung des Rates.

### § 7

Die im Stellenplan enthaltenen Vermerke "künftig umzuwandeln" (ku) und "künftig wegfallend" (kw) werden bei Ausscheiden der bisherigen Stelleninhaber/innen aus diesen Stellen wirksam.

Beratungsergebnis: 20 Stimmen dafür, 15 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

#### **2. den Stellenplan 2001**

Beratungsergebnis: 20 Stimmen dafür, 15 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

#### **3. das Investitionsprogramm 2001 - 2004**

Beratungsergebnis: 20 Stimmen dafür, 15 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

#### **TOP 8**

#### **Über- und außerplanmäßige Ausgaben für das Haushaltsjahr 2000 ( Nr. 02 - 13 0520/2001)**

Mitglied Roebrock stellt den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen.

1. Der Rat beschließt, die vom für das Finanzwesen zuständigen Bediensteten genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben gem. § 82 Abs. 1 Satz 4 letzter Halbsatz GO NW zur Kenntnis zu nehmen.
2. Der Rat beschließt, die unter Ziffer 2 aufgeführten über- und außerplanmäßigen Ausgaben gemäß § 82 Abs. 1 Satz 4 letzter Halbsatz GO NW zu genehmigen.

34 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 1 Enthaltungen

#### **TOP 9**

#### **6. Änderung des Bebauungsplanes Nr . E 10/2 -Am Beyenkamp-;**

**hier: 1) Bericht zur durchgeführten Offenlage und Trägerbeteiligung  
2) Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB  
( Nr. 05 - 13 0500/2001)**

Mitglied Möllenbeck stellt den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen

**Zu 1)**

Der Rat beschließt, den Bebauungsplan um folgenden Hinweis zu ergänzen:

“Im Bebauungsplanbereich ist nicht auszuschließen, dass noch Kampfmittel aus dem zweiten Weltkrieg im Boden vorhanden sind.  
Vor Durchführung evtl. erforderlicher größerer Bohrungen (z.B. Pfahlgründung ) sind Probebohrungen (70 - max. 120 mm Durchmesser) zu erstellen, die ggf. mit Kunststoff - oder Nichtmetallrohren zu versehen sind; danach Überprüfung dieser Probebohrungen mit ferromagnetischen Sonden. Sämtliche Bohrarbeiten sind mit Vorsicht durchzuführen. Sie sind sofort einzustellen, sobald im gewachsenen Boden auf Widerstand gestoßen wird. In diesem Fall ist umgehend der Staatliche Kampfmittelräumdienst der Bezirksregierung Düsseldorf zu benachrichtigen.”

**Zu 2)**

Der Rat beschließt den Entwurf der 6. Änderung des Bebauungsplanes Nr. E 10/2 -Am Beyenkamp- mit Entwurfsbegründung als Entscheidungsbegründung gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung.

Hierdurch werden im Bereich der an den Reekschen Weg angrenzenden Teilflächen der Grundstücke Goethestr. 11 bis 17, Gemarkung Emmerich, Flur 10, Flurstücke 93 bis 96, eine zusätzliche überbaubare Fläche in einer Tiefe zwischen 16 bis 20 m festgesetzt und die textlichen Festsetzungen um folgende Festsetzung Nr. 5 ergänzt:

**“(5) Ausgleichsmaßnahmen**

Gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB wird im Rahmen der 6. Änderung ein gemeinschaftliches Ersatzgeld in Höhe von 4.875,- DM -fällig mit Rechtskraft der Bebauungsplanänderung- zu Lasten der Eigentümer der am Reekschen Weg gelegenen Teilflächen der Grundstücke Gemarkung Emmerich, Flur 10, Flurstücke 93, 94, 95 und 96 festgesetzt.

Die Aufteilung des Gesamtbetrages in die Einzelbeträge je Grundstück ist der Begründung zur 6. Änderung zu entnehmen.”

35 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

**TOP 10****4. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. E 30/3 -Nollenburger Weg / 1. Teil-;**

hier: 1) Bericht zur durchgeführten Offenlage und Trägerbeteiligung

2) Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB  
( Nr. 05 - 13 0501/2001)

Mitglied Tapaß stellt den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen.

**Zu 1)**

Der Rat stellt fest, dass die Bedenken des Eigentümers gegen die 4. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. E 30/3 der Grundlage entbehren und daher zurückweisen sind. Über den Antrag auf Errichtung eines Carportes mit Abstellraum wird im Rahmen einer Beschlussvorlage zur Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. E 30/3 nach § 31 Abs. 2 BauGB eine Entscheidung getroffen.

**Zu 2)**

Der Rat beschließt den Entwurf der nach den Bestimmungen des § 13 BauGB durchgeführten 4. vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes Nr. E 30/3 -Nollenburger Weg / Teil 1- mit Entwurfsbegründung als Entscheidungsbegründung gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung.

Hierdurch wird die textliche Festsetzung Nr. 4 wie folgt abgeändert:

”4) Aufgrund des § 23 Abs. 5 BauNVO werden auf den an die öffentlichen Verkehrsflächen angrenzenden, nicht überbaubaren Flächen der Grundstücke in den Allgemeinen Wohngebieten (WA), auf denen Flächen für Stellplätze bzw. Garagen festgesetzt sind, Nebenanlagen i. S. des § 14 BauNVO sowie Garagen und überdachte Stellplätze nicht zugelassen.”

35 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

**TOP 11**

**Eintragung eines Bodendenkmals in die Denkmalliste gemäß § 3 Denkmalschutzgesetz  
NW;**

**hier: Mittelalterlich-neuzeitliche Stadtbefestigung im Bereich zwischen Steintor ,  
Kleiner Wall und Hinter dem Mühlenberg**

**( Nr. 05 - 13 0476/2000)**

Mitglied Diks stellt den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen.

Der Rat der Stadt Emmerich beschließt die Eintragung der Grundstücke Gemarkung Emmerich, Flur 23, Flurstücke 350, 354, 355, 356 und 348 als Bodendenkmal in die Denkmalliste der Stadt Emmerich.

35 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

**TOP 12**

**Ersatzwahlen in Ausschüssen**

**( Nr. 10 - 13 0526/2001)**

Mitglied Arntzen teilt ergänzend mit, dass Herr Robert Hillmanns (sachk. Bürger) aus dem Jugendhilfeausschuss ausscheidet. Für ihn schlägt die CDU Herrn Mario Claasen (bisher stellv. sachk. Bürger) vor. Als stellv. Mitglied wird dann Herr Jörg Tinnemeyer vorgeschlagen.

Mitglied Roebrock stellt den Antrag, gemäß Vorlage mit der o. g. Ergänzung zu beschließen.

Der Rat beschließt, im Jugendhilfeausschuss als stimmberechtigtes Mitglied der freien Vereinigung der Jugendwohlfahrt, Frau Rita Heiting, Caritasverband Kleve e. V., zu wählen. Weiterhin beschließt der Rat, im Jugendhilfeausschuss als stimmberechtigtes Mitglied der in der Jugendhilfe erfahrenen oder tätigen Männer und Frauen, Herrn Mario Claasen und Herrn Jörg Tinnemeyer zu dessen Stellvertreter zu wählen.

35 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

**IV. Anträge an den Rat**

**TOP 13**

**Betuwe-Linie**

**( Nr. 06 - 13 0525/2001)**

Mitglied Beckschaefer stellt den Antrag, der Stellungnahme der Verwaltung zuzustimmen.

Die Verwaltung wird mit dem Ingenieurbüro, das betreffend der Schallemissionen bereits verschiedene Begutachtungen vorgenommen hat, Kontakt aufnehmen, um die Frage betreffend Aufbau eines Lärmkatasters zu besprechen. Auch die Zuschussfähigkeit wird in diesem Zusammenhang geprüft. Über die Ergebnisse wird die Verwaltung zu gegebener Zeit dem Fachausschuss berichten.

35 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

**TOP 14**  
**Betuwe-Linie**  
**( Nr. 06 - 13 0530/2001 )**

Der Vorsitzende erklärt zu der Eingabe, dass die Verwaltung festgestellt hat, dass 6.668 Einwohner in einem Abstand von 200 m rechts und links der Bahnstrecke wohnen. Die Zahl der Grundstücksbesitzer in diesem Gebiet muss noch erstellt werden.

Mitglied Beckschaefer bedankt sich bei der Verwaltung für die geleistete Arbeit.

**TOP 15**  
**Mitteilungen und Anfragen**

**Mitteilungen**

Mitteilungen liegen keine vor.

**Anfragen**

1. Fahnenmasten am Rathausvorplatz;  
hier: Anfrage von Mitglied Diks

Auf entsprechende Frage von Mitglied Diks erklärt der Vorsitzende, dass bei gesetzlich vorgeschriebenen Ereignissen die Fahnenmasten benutzt werden.

**TOP 16**  
**Einwohnerfragestunde**

Anfragen seitens der Einwohner liegen nicht vor.

**TOP 17**  
**Feststellung der Sitzungsniederschrift vom 19.12.2000**

Mitglied Beckschaefer bittet in der Niederschrift unter Punkt 6 nachzutragen, dass der Gesellschafterausschuss aus 7 Mitgliedern besteht, davon 4 der Stadt Emmerich und 3 der anderen Mitgesellschafter.

Gegen die gemäß § 24 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse zur Feststellung vorgelegte Niederschrift werden weitere Einwände nicht erhoben. Sie wird vom Vorsitzenden und der Schriftführerin unterzeichnet

Der Vorsitzende schließt den nichtöffentlichen Teil der Sitzung um 20.10 Uhr, nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen.

Vorsitzender

Schriftführerin